

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9/XXV/135

Bonn, den 23. Juli 1970

Seite

Zeilen

1 "Catch as catch can" gegen die Ostpolitik 46

Zur "Welt"-Publizierung des "Gromyko-Papiers"

2 Versperrter Zugang zur Natur 50

Auf Kosten der Hamburger Bevölkerung

3 Ein exemplarisches Urteil 36

Baufirma muß Gastarbeiter-Kopfgeld zurückzahlen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Eherecht wird reformiert

Pressegespräch mit Bundesjustizminister Jahn

"Catch as catch can" gegen die Ostpolitik

Zur "Welt"-Publizierung des "Gromyko-Papiers"

"... als ob es neuerdings in Deutschland üblich sei, zu stehlen oder andere dazu anzustiften. Mit diesem harten Verdikt hatte Bundeskanzler Willy Brandt am 21. Juli vor dem SPD-Vorstand die Ankündigung des CDU-Abg. Dr. Werner Marx belegt, daß sich die Opposition russische Texte der Bahr-Gromyko-Vereinbarung "beschafft" habe. Brandt hatte hinzugefügt, daß die Bundesregierung, und damit auch die Koalition, diesen Stil des politischen "catch as catch can" nicht nachahmen könne und werde.

Nunmehr liegen diese "beschafften" Papiere der deutschen Öffentlichkeit vor. Das Herzblatt Axel Casar Springers, die "Welt", hat die seinerzeit von Springers Boulevardblatt "Bild" und der Unterhaltungs-illustrierten "Quick" stückweise herausgebrachten deutschen Texte des "Bahr-Papiers" und die jetzt "beschafften" russischen Texte eines "Gromyko-Papiers" in Größtaufmachung gegenübergestellt, wobei sie freilich selber feststellen muß, daß der Text beider Urkunden in den wesentlichen Teilen beinahe gleichlautend ist. Die Aufregung, in die sich zuvor der CDU-Abg. Dr. Marx selbst mit der Erwartung gestürzt hatte, er und seine Freunde würden beim Studium des "beschafften" russischen Textes der Bundesregierung auf die bisher geheimehaltenen Schliche kommen, war also ebensowenig einen Deut wert wie vom sachlich-politischen Standpunkt her die jetzige Publizierung der "Welt". Das von einer breiten deutschen Öffentlichkeit geteilte moralische Urteil Brandts über die "Beschaffungs"-Methoden wird damit durch das politische Sachurteil über den taktischen Wert des "Welt"-Coups ergänzt.

Es bleibt aber ein gewichtiger Punkt, wenn man von der nunmehr unumgänglich gewordenen Frage absieht, wie lange es noch dauern kann, bis die zuständigen deutschen Dienststellen das Loch oder die Löcher gerundet haben werden, durch die sich manche Politiker solche Papiere "beschaffen" können. Der Fall, der im Gesamtzusammenhang höher hängt werden muß, ist der Satz, den Springers "Welt" am Donnerstag, dem 23. Juli, auf der Titelseite gedruckt hat und der lautet: "25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht hat sich also eine deutsche Regierung bereitgefunden, gegenüber einer Siegermacht auch politisch zu kapitulieren."

Das wurde zeitlich und politisch gezielt zu dem Zeitpunkt herausgebracht, in dem das Bundeskabinett zu seiner letzten Sitzung vor der Moskau-Reise des Bundesaußenministers zusammengetreten war, um die verbindlichen Richtlinien für die Verhandlungsführung mit der Sowjetregierung zu beschließen. Es geht dabei um den von der ganzen westlichen Welt aktiv unterstützten Versuch der sozial-liberalen Bundesregierung, nach dem geglückten Werk der Aussöhnung mit diesem Westen nun auch die nicht nur für uns Deutsche und Europäer existenziell notwendige Aussöhnung und Verständigung mit dem Osten endlich in die Wege zu leiten und vorrangig abzusichern. Dieser Versuch, bei dem Walter Scheel von der weitaus überwiegenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes mit Erfolg und Segenswünschen begleitet wird, liest sich in Springers "Welt" als Bereitschaft zur politischen Kapitulation gegenüber der östlichen Siegermacht.

Das moralische und politische Urteil über diesen "catch as catch can"-Stil ist bereits gesprochen.

## Versperster Zugang zur Natur

### Auf Kosten der Hamburger Bevölkerung

Abgesehen von Westberlin ist die Hansestadt Hamburg mit nun bald zwei Millionen Einwohnern das am dichtesten besiedelte Gebiet in der Bundesrepublik. Hier drängen sich nun schon fast 2.500 Menschen auf einen Quadratkilometer. Wenn die überwiegend nördlich der Elbe lebende Hamburger Bevölkerung am Wochenende ins Freie fährt, bietet sich für sie als Erholungsgebiet der schleswig-holsteinische Landkreis Herzogtum Lauenburg an, wo es die meisten Waldbestände und idyllische Seenplatten gibt.

Ein begehrtes Ausflugsziel ist der Sachsenwald, jenes Gebiet, das dem Fürsten Otto von Bismarck seinerzeit vom deutschen Kaiser zum Geschenk gemacht worden ist. Für dieses Gebiet weist das Wohnplatzverzeichnis der schleswig-holsteinischen Landesregierung ein einzigartiges Kuriosum aus. Zur Gemeinde Aumühle gehören als Erklaven im Forstgutsbezirk zehn Wohnhäuser und Forsthäuser. Alles, was sich in dem riesigen Bezirk herumgruppiert, gehört aber als Privatbesitz den Bismarcks.

Bis zum fürstlichen Schloß dürfte es sich aber noch nicht herumgesprochen haben, daß wir im Jahre 1970 leben, daß eine mobile Industriegesellschaft am Wochenende Anspruch darauf hat, durch die großen Wälder um Friedrichsruh zu wandern. Erst vor einigen Tagen ließ das Haus Bismarck weitere große Gebiete des Sachsenwaldes hermetisch für die Hamburger Ausflugs Gäste abriegeln. Man arbeitet mit Stacheldrahtzäunen und Verbotsschildern. Man legt die neuen Sperrzonen so an, daß bislang noch frei zugängliche Gebiete nun auch nicht mehr aufgesucht werden können. Es erhebt sich die Frage, ob das Argument, Wildgatter zu schaffen, in diesem Ausmaße mißbraucht werden kann.

Jedenfalls trumpfte Oswald Paulig, der SPD-Landesvorsitzende, in der Bürgerschaft der Hansestadt auf: "Wann endlich hört dieser Unfug auf, daß immer mehr Erholungsgebiete für den freien Zugang gesperrt werden?" Nach dem Bericht des SPD-Politikers sind nunmehr von dem 6.800 Hektar großen Sachsenwald 1.300 Hektar durch Wildgatter und weitere 100 Hektar durch Verbotsschilder gesperrt. In ganz kurzer Zeit sei die Sperrzone um 4.400 Hektar ausgedehnt worden. Paulig stellte die Frage, ob die öffentliche Hand nicht heute gern bereit sein würde, Opfer zu bringen, um das Geschenk an den Fürsten Bismarck wieder zurückzunehmen.

Während die Oberförster durch den Sachsenwald Zäune zogen, ereignete sich im CDU beherrschten Landratsamt in Ratzeburg ein anderer Beitrag zum Thema freier Zugang zur Natur für die Großstadtbevölkerung. Ein Hamburger Reeder kaufte vom Landkreis Herzogtum Lauenburg neun Hektar idyllischen Besitzes am Schalsee, wo der große Naturpark, das schönste Erholungsgebiet, liegt. Der Kreis verschleuderte den Grund und Boden für eine Mark pro Quadratmeter und der Reeder wird vermutlich Zäune durch seinen durch diesen Zukauf nunmehr erheblich erweiterten Privatbesitz ziehen. Das Innenministerium in Kiel unter Minister Dr. Hartwig Schlegelberger (CDU) genehmigte den Kaufvertrag. Das Nachsehen werden die Erholungsuchenden haben.

Abgesehen von den sozialdemokratischen Initiativen im schleswig-holsteinischen Landtag, Wälder und Seen für die Bevölkerung zu öffnen, erhebt sich jetzt die Frage, ob nicht das Abgeordnetenhaus an der Förd. durch Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in die düsteren Angelegenheiten des Sachsenwaldes und des Schalsees hineinleuchten sollte.

### Ein exemplarisches Urteil

#### Baufirma muß Gastarbeiter-Kopfgeld zurückzahlen

Die Mißbräuche mit Gastarbeitern häufen sich. Viele von ihnen sind die Parias in unserer Gesellschaft. Ein regelrechter Menschenhandel, angetrieben von hemmungsloser Geldgier, hat sich entwickelt, der uns allen zur Schande gereicht. Unter unzähligen Beispielen sei hier eins herausgegriffen. Eine Wetzlarer Baufirma hatte von jedem der von ihr angeworbenen Türken, die als Touristen in die Bundesrepublik eingeschleust worden waren, ein Kopfgeld von DM 1.000,- erhoben und vom Lohn die Sozialversicherungsbeiträge abgezweigt, ohne sie der Sozialversicherung zuzuführen, sondern für sich behalten. Auf dem Arbeitsplatz herrschten menschenunwürdige Zustände.

Die Gewerkschaft Bau/Steine/Erden nahm sich der Sache an, verklagte die Firma und erreichte beim Arbeitsgericht ein Urteil, das die Firma verpflichtete, vier Türken das Kopfgeld zurückzuzahlen. Für die übrigen von den insgesamt zweihundert Gastarbeitern läuft noch das Verfahren. Auch sie dürfen das von ihnen abgeforderte Kopfgeld zurückbekommen. Die Gewerkschaft tat noch mehr: Sie besorgte den Türken einen besseren Arbeitsplatz in Hessen. Das Urteil sollte Schule machen.

Die Gastarbeiter täten gut daran, sich in ihrer Verzweiflung an die zuständige Gewerkschaft zu wenden. Leider gibt es unzählige Fälle, in denen diesen Gastarbeitern der Mut fehlt, sich gegen haarsträubendes Unrecht zu wehren. Teils geschieht dies aus Unkenntnis unserer Arbeitsrechtsgesetze, mehr aber noch aus Furcht, den Arbeitsplatz und gleichzeitig auch die Wohnung zu verlieren. Das kommt besonders oft dann vor, wenn die Gastarbeiter in Kleinbetrieben arbeiten, deren Betriebschaft nicht gewerkschaftlich organisiert ist.

Ein düsteres Kapitel ist der an Gastarbeitern betriebene Mietwucher, dem sie fast schutzlos ausgeliefert sind. Was hier geschieht, widerstrebt jedem Gerechtigkeitsgefühl. Gewissenlose, nur auf Ausbeutung bedachte Unternehmer und skrupellose Vermieter schädigen das Ansehen unseres Volkes und vermitteln den davon betroffenen Gastarbeitern ein Bild, das sie mit Bitternis erfüllt.

Es ist gut, daß die Gewerkschafter dort, wo es in ihren Möglichkeiten liegt, das Los dieser Menschen im Auge behalten und für Gerechtigkeit sorgen. Die Gastarbeiter wissen es ihnen zu danken und sind als dauernde Freunde unseres Volkes gewonnen.